Ärztliche Versorgung: Keine Zerschlagung guter Strukturen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN kritisieren die Schließung der Notfallpraxen in Backnang und Schorndorf scharf

Bei vielen der mehr als 430.000 Menschen, die im Rems-Murr-Kreis wohnen, steigt die Befürchtung, im medizinischen Notfall nicht mehr versorgt zu werden. Die Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) hat eigenmächtig entschieden, zwei der drei Notfallpraxen im Kreis aufzugeben. Der Standort in Schorndorf wurde im Oktober des vergangenen Jahres quasi über Nacht geschlossen. Der Notfallpraxis in Backnang droht nun gleiches, obwohl es dort nicht einmal mehr eine Klinik gibt. Der GRÜNE Kreisverband Baden-Württemberg und die GRÜNEN Landtagsabgeordneten Petra Häffner (Schorndorf), Ralf Nentwich (Backnang) und Swantje Sperling (Waiblingen) finden dieses Vorgehen nicht hinnehmbar: "Es ist an der Zeit, ganz grundsätzlich über die Entscheidungsgewalt der KVBW zu sprechen".

Für Petra Häffner und Ralf Nentwich, deren Wahlkreise unmittelbar betroffen sind, ist die Entscheidung der KVBW inakzeptabel: "Der notärztliche Bereitschaftsdienst der Hausärzte und die Notfall-Ambulanzen der Rems-Murr-Kliniken waren gut aufeinander abgestimmt. Für die Bevölkerung bringt die Schließung der Notfallpraxen in Schorndorf und Backnang eine ärztliche Unterversorgung - besonders abends und an den Wochenenden, den Notfallambulanzen der Kliniken hingegen drohen Überlastung und Chaos. Beides wäre vermeidbar. Die wohnortnahe medizinische Versorgung der Menschen im Rems-Murr-Kreis ist gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung für uns Grüne ein absolutes Muss. Wir fordern daher die Wiedereröffnung der Notfallpraxis in Schorndorf und die Weiterführung der Notfallpraxis in Backnang", fordern die Landtagsabgeordneten.

Auch der Kreisvorstand der Grünen Rems-Murr bezieht klar Position: "Der Kreis hatte mit zwei Kliniken und drei Notfallpraxen aus unserer Sicht bisher bereits einen schon nicht immer ausreichenden Stand der medizinischen Versorgung für die Bürgerschaft in einem der größten Flächenkreise Deutschlands. Wir fordern von der Kassenärztlichen Vereinigung eine Erhöhung der Kassensitze, damit die drei Notfallpraxen wie bisher weiter betrieben werden können, aber auch, damit sich mehr dringend benötigte Kinder- und Fachärzte im Kreis niederlassen können. Wir unterstützen den Widerstand, der sich unter den betroffenen Bürgern bereits formiert und rufen im Rahmen dessen dazu auf, sich einer vor Ostern gestarteten Online-Petition (https://www.change.org/p/verhindern-sie-die-schließung-dernotfallpraxis-in-backnang) anzuschließen, um die Verantwortlichen zum Umdenken zu bewegen."

Mehr als 40.000 Menschen haben diese Petition bereits unterzeichnet. Unterstützt werden die Grünen in ihrem Protest gegen die Schließung der Notfallpraxen durch ihre Bundestagsabgeordnete Ricarda Lang, deren Wahlkreis Backnang mit umfasst.